

Prof. Dr. J. Schnell, GenLt a.D.

Dipl.- Kfm. G. Á. Straub, Olt

Universität der Bundeswehr München
- Sicherheits- und Militärökonomie-

Werner-Heisenberg-Weg 39
D-85577 Neubiberg



UNIVERSITÄT
DER BUNDESWEHR
MÜNCHEN
FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTS- UND
ORGANISATIONSWISSENSCHAFTEN
- SICHERHEITS- UND MILITÄRÖKONOMIE-

STUDIEN ZUR ZUKUNFT DER BUNDESWEHR

- UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE -

Teilstudie A- Zusammenfassung der Konsequenzen, die bei Realisierung der Einsparungen in den Verteidigungsausgaben und Festschreiben des Verteidigungshaushalts bei etwa 43,7 Mrd. DM zu erwarten sind

STAND: 30.09.1999

<http://www.unibw-muenchen.de/campus/WOW/v1054/miloek1.html>

Vorbemerkung

Für diese Teilstudie gilt die „Allgemeine Vorbemerkung“ zur Studie.

I. Grundannahmen/ Grundmodell

1. Absenken Einzelplan 14 in den kommenden vier Haushaltsjahren wie folgt:

Jahr	1999	2000	2001	2002	2003
Verteidigungshaushalt in Mrd. DM	47,3	45,3	44,8	44,5	43,7

2. Festschreiben Einzelplan 14 nach 2003 auf Höhe etwa 43,7 Mrd. DM; dann Inflationsausgleich

3. Beibehaltung Wehrpflicht. Bestimmungen für den Einsatz von Wehrpflichtigen für KRK- Einsätze wie bisher.

4. Festlegung der Grundwehrdienstdauer so, daß der gegenwärtige Anteil von BS/SaZ/ FWDL gehalten werden kann (> 60%).

5. Gewährleistung Wehrgerechtigkeit wie bisher

6. Beibehaltung bisheriger Basisstrukturen:

- Heer/ Luftwaffe/ Marine/ ZMil/ ZSan
- Wehrpflichtige nicht als gesonderte Milizkomponente, sondern - soweit irgendetmöglich - zur Stärkung der präsenten Leistungsfähigkeit der Streitkräfte
- Trennung Streitkräfte/ Ziviler Teil der Bundeswehr bleibt (Art. 87 a,b)

7. Grundsätzliches Ziel: Stärkung der KRK- Fähigkeit. Dazu: Organisationsfreiheit für neue interne Strukturen

8. Dienstposten- Aufteilung auf Organisationsbereiche ähnlich wie bisher

9. Personalstruktur ähnlich wie bisher

10. Dauer der Umstrukturierung acht Jahre, etwa 2001 beginnend

11. Zusatzausgaben infolge der Auslandseinsätze nicht aus Einzelplan 14, sondern aus anderen Einzelplänen (Einzelplan 60). Sonst keine zusätzliche Finanzierung aus anderen Einzelplänen

12. Es entstehen weitere Rationalisierungsgewinne z.B. durch Rationalisierung im Betrieb, Wegfall von Führungsebenen, Straffung der Führungsorganisation und Kommandostruktur

13. Ein angemessener Modernisierungsstand wird erreicht und gehalten, wenn jährlich mindestens 30% des Verteidigungshaushalts für Investitionen ausgegeben werden. Zu den verteidigungsinvestiven Ausgaben zählen Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Erprobungen, militärische Beschaffungen, militärische Anlagen und sonstige Investitionen. Unterschiedliche Gestaltungsalternativen haben deshalb - unabhängig von ihren konkreten strukturellen Ausformungen - eine Investitionsquote von 30% sicherzustellen.

14. Für den Zeitraum bis 2004 wird bei den Betriebsausgaben eine durchschnittliche Erhöhung der Personalausgaben bzw. der Inflationsrate bei den Sachgütern von 1,5% zugrundegelegt. Bei den verteidigungsinvestiven Gütern wird eine Inflationsrate von 2% angenommen. Die Personalausgaben sollen einen Anteil von 50% am Einzelplan 14 nicht überschreiten (Anteil z.Zt. 50,2%).

Hinweis: Die dargestellten Annahmen führen zu einem Grundmodell, dessen Konsequenzen in dieser Teilstudie abgeschätzt werden. Eine Veränderung oder Ergänzung der Annahmen führt deshalb auch zu veränderten Konsequenzen. Die Analyse derartiger Änderungen ist Gegenstand weiterer Teilstudien und Partialanalysen.

II. Konsequenzen

1. Die militärische Personalstärke der Bundeswehr geht von gegenwärtig etwa 340.000 auf etwa 230.000 zurück. Der organisatorische Friedensumfang wird damit um etwa ein Drittel verringert
2. Die durchschnittliche Dauer des Grundwehrdienstes kann durchschnittlich nur noch etwa 6 Monate betragen
3. Das Zivilpersonal der Bundeswehr ist von gegenwärtig etwa 134.000 auf etwa 100.000 abzubauen (- 25%)
4. Der maximale Umfang eines von Deutschland zur Krisenbewältigung zu stellenden Auslandskontingents verringert sich, gemessen am gegenwärtigen Stand und den damit verbundenen Planungen (Größenordnung: Verringerung um mindestens 15%)
5. Die Zahl präserter einsatzbereiter Kampfbrigaden bzw. Kampfbrigadenäquivalente des Heeres verringert sich deutlich
6. Die präsete Leistungsfähigkeit von Luftwaffe und Marine - gemessen am Leistungspotential ihrer Hauptwaffensysteme - verringert sich überproportional zur Verringerung ihrer Personalumfänge. Sie sinkt um etwa 30% bis 40%
7. Der Verteidigungsumfang sinkt um etwa ein Drittel
8. Die bereits bestehende Ausrüstungslücke vergrößert sich. Das Fehl an investiven Mitteln kumuliert sich in den kommenden zehn Jahren auf eine Größenordnung von mindestens 30 Mrd. DM. Ein Abbau dieser Lücke ist ohne zusätzliche Finanzmittel auch langfristig nicht zu erwarten. Der Abstand zwischen den zukünftig erforderlichen militärtechnologischen Fähigkeiten und dem absehbaren Stand dieser Fähigkeiten wird größer
9. Die militärische Effizienz der Bundeswehr - gemessen am Verhältnis der Finanzmittel des Einzelplans 14 zur Zahl präserter Verbände verringert sich deutlich. (Größenordnung: Verringerung um mindestens 25%)
10. Der Anteil der Verteidigungsausgaben Deutschlands - gemessen nach der Systematik des International Institute for Strategic Studies, London (IISS) - an seinem Bruttoinlandsprodukt sinkt von derzeit 1,3% auf 1,1%. Der Abstand zu den entsprechenden Anteilen Frankreichs (2,2%), Großbritanniens (2,9%), Italiens (1,6%), USA (3,3%) und dem NATO- Durchschnitt (2,6%) vergrößert sich.

In der Rangfolge dieser Anteile bei den 19 NATO- Mitgliedsstaaten liegt Deutschland z.Zt. an 15. Stelle, zukünftig voraussichtlich an 18. Stelle als Vorletzter vor Luxemburg.

Sofern NATO- Kriterien, die sich von der Systematik des IISS unterscheiden, zugrundegelegt werden, sind die folgenden Konsequenzen zu erwarten. Der Anteil der Verteidigungsausgaben Deutschlands - gemessen nach der NATO- Systematik - an seinem Bruttoinlandsprodukt sinkt von derzeit 1,5% auf 1,4%. Der Abstand zu den entsprechenden Anteilen Frankreichs (2,8%), Großbritanniens (2,6%), Italiens (2,0%), USA (3,3%) und dem NATO- Durchschnitt (2,3%) vergrößert sich. In der Rangfolge dieser Anteile bei den 19 NATO- Mitgliedsstaaten liegt Deutschland z.Zt. an 15. Stelle, zukünftig voraussichtlich an 17. Stelle vor Kanada und Luxemburg.

Beim Anteil des Friedensumfanges der Streitkräfte an der Bevölkerung belegt Deutschland im NATO- Vergleich den Rang 13 und würde bei einem Personalumfang von ca. 230 Tausend Soldaten auf den Rang 16 von 19 zurückfallen.

11. Im Rahmen einer von den europäischen NATO- Staaten zu leistenden Krisenbewältigung von der Dimension etwa des Balkan- Konflikts wird Deutschland den Erwartungen der Bündnispartner auf eine angemessene Beteiligung weniger als bisher entsprechen können. Gemessen an seinem Bevölkerungs- und BIP- Anteil liegt der Umfang des von Deutschland bereitstellbaren Auslandskontingents um etwa 50% unter diesen Erwartungen.
12. Im Binnenbereich der Bundeswehr sind nachteilige Wirkungen auf Dienstklima, Nachwuchsgewinnung und Vertrauen in die Politik zu erwarten

Konversion

13. Die Verkleinerung der Bundeswehr führt zu etwa 170.000 Bruttoarbeitsplatzverlusten. Etwa 30.000 Menschen werden arbeitslos
14. Von den gegenwärtig etwa 600 Standorten sind 150 bis 200 Standorte aufzulösen
15. Die wehrwirtschaftliche Basis in Deutschland wird schmaler

Fiskalische und volkswirtschaftliche Konsequenzen

16. Das monetäre Volumen fiskalischer Entlastungen liegt - kumuliert über 10 Jahre - bei etwa 50 Mrd. DM (p.a. durchschnittlich ca. 5 Mrd. DM)¹. Dies entspricht etwa 1% des Bundeshaushalts und 0,3% der Einnahmen der öffentlichen Hand
17. Unter der nicht unproblematischen Annahme, daß die Verkleinerung der Bundeswehr und die Konversionswirkungen das gleiche Maß an Äußerer Sicherheit gewährleisten und keine nachteiligen Wirkungen auf den internationalen Status Deutschlands - auch in der ökonomischen Perspektive - auftreten, werden volkswirtschaftliche Opportunitätskosten (kumuliert über 10 Jahre) von etwa 50 Mrd. DM vermieden. Mit jährlich durchschnittlich 5 Mrd. DM sind dies etwa 0,1% des BIP²
18. Aus einer sicherheitsökonomischen Gesamtsicht sind als wesentliche Konsequenzen Ausgabenentlastungen von etwa 0,3% der öffentlichen Haushalte sowie die Vermeidung volkswirtschaftlicher Opportunitätskosten bzw. die Erwirtschaftung volkswirtschaftlicher Erträge von etwa 0,1% des BIP zu erwarten.² Dem stehen absehbar nachteilige Wirkungen auf die Stellung Deutschlands im Bündnis, auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Streitkräfte und auf den Binnenbereich der Streitkräfte gegenüber. Bei einer Gesamtbewertung sind vor allem diese Konsequenzen zu bewerten und zu gewichten

¹ Gemessen am bisher vorgesehenen Planungsvolumen. Sofern der Verteidigungshaushalt (EPL 14) des Jahres 1999 als Bezugsgröße gewählt wird, liegt das kumulierte monetäre Volumen fiskalischer Entlastungen über die kommenden 10 Jahre bei ca. 35 Mrd. DM (durchschnittlich 3,5 Mrd. DM).

² Die Forschungsergebnisse zu volkswirtschaftlichen Wirkungen von Erhöhungen oder Verminderungen der Verteidigungsausgaben sind widersprüchlich. Generalisierend kann lediglich gesagt werden, daß unterschiedliche Höhen von Verteidigungsausgaben in Abhängigkeit von den jeweiligen Situationen, ökonomischen Gesamtbedingungen sowie den betrachteten Zeitpunkten und Zeiträumen sehr verschiedenartige positive oder negative Wirkungen auf den wirtschaftlichen Wohlstand einer Gesellschaft und das Wachstum des Sozialprodukts haben können. Genaue Aussagen über die volkswirtschaftlichen Wirkungen der deutschen Verteidigungsausgaben werden zusätzlich dadurch erschwert, daß ihr Anteil am BIP mit 1,3% gering ist. Gesamtwirtschaftliche Änderungswirkungen bleiben deshalb im Bereich statistischer Unschärfen und erlauben in der Regel keine statistisch signifikanten Aussagen. Widersprüchlich sind ebenfalls die Forschungsergebnisse zu möglichen Opportunitätskosten, die die Wehrpflicht in Deutschland verursacht. Aussagen, daß die gegenwärtige Ausformung der Wehrpflicht volkswirtschaftlich vorteilhafter ist als eine vergleichbar leistungsfähige Freiwilligenarmee, stehen gegenteilige Aussagen gegenüber.

Dieser Forschungsstand legt es nahe, allen Aussagen über die volkswirtschaftlichen Gesamtwirkungen des beabsichtigten Absenkens des deutschen Verteidigungshaushalts mit großer Vorsicht zu begegnen und derartige Aussagen grundsätzlich unter einen deutlichen Vorbehalt zu stellen. Dieser Vorbehalt bezieht sich auf die Transparenz der gewählten Definitionen, Methoden und Daten.

Die hier angegebene Größenordnung der volkswirtschaftlichen Opportunitätskosten bezieht sich auf den wertmäßigen Zuwachs an zivilen Gütern und Dienstleistungen, der infolge der als Konsequenz abgeschätzten Verkleinerung der Bundeswehr und der damit verbundenen Umsteuerung von Personal auf die zivilen Arbeitsmärkte zu erwarten ist. Auf die nicht unproblematischen Grundannahmen bei der Abschätzung volkswirtschaftlicher Opportunitätskosten und Wirkungen im Zusammenhang mit Streitkräften ist erneut hinzuweisen.